Es versteht sich von selbst, daß die spanische Regierung wegen der Beschimpfung der deutschen Flagge und des deutschen Wappens Genugthuung leisten muß; glücklicherweise ist die Person des deutschen Gesandten unangetastet geblieben. Die gerichtliche Untersuchung wird ergeben, welche Urheber hinter der ganzen Veranstaltung stecken. Es ist ja unzweifelhaft, daß die Spanier, durch Aufreizungen verführt, sich von ihrem lebhaften Temperament haben zu Ausschreitungen hinreißen lassen, die sie bei ruhigem Blute nicht begangen haben würden; das ist ein Milderungsgrund für die Beurtheilung des Geschehenen, aber keine ausreichende Entschuldigung. Wenn die Spanier an das Jahr 1883 zurückdenken, in welchen König Alfons vom Pariser Pöbel persönlich beschimpft wurde, dann werden sie sich sagen müssen, daß damals viel mehr Grund zu einer Kriegserklärung Spaniens gegen Frankreich vorlag, als heute zu einer solchen gegen Deutschland. Aber die stammverwandten Spanier begnügten sich mit der Thatsache, daß die französische Regierung nicht mit den Personen gleichgestellt werden könne, die den König Alfons aus eigenem Antriebe beschimpften. Auch wir Deutsche machen diese Unterscheidung, wir wälzen die Verantwortlichkeit für die Beschimpfung des deutschen Wappens und der deutschen Flagge nicht auf die Schultern der spanischen Regierung, sondern wir begnügen uns damit, wenn die Verüber dieser Schandthat bestraft werden und wenn die spanische Regierung sich bemüht, den unserem Wappen und unserer Flagge angethanen Schimpf durch einen entsprechenden feierlichen Act der Wiederaufrichtung der zerstörten Embleme wieder gut zu machen. Wie jedes Vorkommniß zwei Seiten hat, so entbehrt auch das Ereigniß des 4. September in Madrid nicht der guten Seite. Die spanische Regierung ist dadurch genöthigt, die unbefangene Prüfung der Sachlage an die Stelle der Leidenschaft zu setzen. Die deutsche Regierung hat sich durch diesen Zwischenfall keinen Augenblick von der Hauptsache, der Ausgleichung der Meinungsverschiedenheit wegen des Besitzrechts an den Carolineninseln ablenken lassen, sie hat es sich versagt, die Nebensache zur Hauptsache zu stempeln, wozu die Versuchung sehr nahe lag. Die spanische Regierung hat das nöthige Verständniß für dieses selbstverleugnende Entgegenkommen dadurch bewiesen, daß sie alle deutschfeindlichen Kundgebungen thatkräftig unterdrückt. Auf solcher Grundlage läßt sich weiter bauen, und es ist deshalb die Hoffnung gerechtfertigt, daß es gelingen wird, die Streitfrage zu beiderseitiger Zufriedenheit zum Austrage zu bringen.

* * *

* Wir verzeichnen nachstehend die weiteren heute vorliegenden Nachrichten über die deutsch-spanische Verwickelung. Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben:

Die günstigeren Aussichten in der Gestaltung der deutsch-spanischen Beziehungen dauern auch heute fort. In Augenblicken hochgradiger Gährung ist es immer schon ein schwerwiegender Erfolg, wenn es gelingt, einer fortschreitenden Verschärfung der Gegensätze Einhalt zu thun. Stillstand bedeutet in diesem Falle Rückkehr zur besseren Einsicht. Unleugbar haben die deutscherseits abgegebenen concilianten Erklärungen der Regierung des Königs Alfons in gewissem Sinne Luft gemacht, indem sie es der letzteren ermöglichten, mit größerem Nachdruck und besserem Erfolge gegen die Fortsetzung der deutschfeindlichen Straßenkundgebungen einzuschreiten. Auch die besonneneren Elemente der spanischen Bevölkerung schöpfen wieder besseren Muth, und es ist ein charakteristisches Zeichen für den sich jenseits der Pyrenäen vollziehenden Stimmungsumschwung, daß ein Blatt wie die Madrider „Correspondencia", die Tags zuvor noch gleich zahlreichen Preßcolleginnen wegen ihrer heftigen Schreibweise gegen Deutschland gemaßregelt worden, unmehr in einer Besprechung der vom Grafen Solms abgegebenen Erklärung soweit geht, sich für die der spanischen Diplomatie gegebene gute Direction zu beglückwünschen, desgleichen auch für die guten Dispositionen, welche Deutschland bekundet.

Ueberhaupt zeigt sich heute schon mit erfreulicher Klarheit, daß die besonnene Auffassung, welche grundsätzlich zwischen den Excessen einiger fanatisirten Pöbelhaufen und der Haltung der leitenden spanischen Kreise unterschied, das allein Richtige traf, wenn sie an der Hoffnung festhielt, daß der erste Sturm der irregeführten Leidenschaft rasch verrauschen und eine ernüchterte Stimmung Platz greifen werde. Die spanischen Politiker aller Parteischattirungen dürften sich heute bereits überzeugt haben, daß so fragwürdig die bisherige Stellungnahme der spanischen Politik in der Carolinenaffaire gewesen ist, so mißlich auch deren Fractificirung zu Gunsten ehrgeiziger Partei-Umtriebe ausfallen möchte. Es mag vielleicht noch geraume Zeit dauern, bis die Situation jenseits der Pyrenäen wieder in das normale Gleis zurückkehrt, aber mancherlei Symptome sprechen dafür, daß der Anfang wenigstens jetzt schon gemacht ist.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt:

Der Einzige, welcher in dem suchenartig um sich greifenden Wahnsinn den Kopf nicht verloren hat, ist König Alfons, und seit er von La Granja nach Madrid zurückgekehrt ist, scheint etwas von seiner Festigkeit und Besonnenheit auf das Cabinet übergegangen zu sein. Der König ist entschlossen, kein Mittel unversucht zu lassen, um der Stimme der Vernunft Gehör zu verschaffen; in Anbetracht der Mißliebigkeit von Canovas und Genossen dürfte er sich auf Sagasta stützen zu können; als er aber sah, daß dem Führer der Liberalen die nöthige Einsicht und vor Allem jener wahre Patriotismus abging, der einzig und allein das Wohl des Vaterlandes im Auge hat, kehrte er trotz ihrer Unbeliebtheit zu seinen conservativen Rathgebern zurück und zog es vor, in Gemeinschaft mit ihnen den schweren Kampf gegen den Uebermuth und die Dummheit aufzunehmen, anstatt an der Spitze der Liberalen die dankbarere Rolle eines gefeierten Märtyrers und Volksbefreiers zu spielen. Wie erfolgreich der König darin von der deutschen Regierung unterstützt wird, bewiesen wieder einmal die entgegenkommenden und wohlwollenden Erklärungen, welche Graf Solms im Auftrage der deutschen Regierung abgegeben hat und deren beruhigende Wirkung heute schon deutlich zu Tage tritt. Mit sichtbarer Genugthuung hat die Presse diese Erklärungen aufgenommen und die „Correspondencia", welche ermächtigt ist, dieselben zu veröffentlichen, schließt ihre Ausführung mit folgenden Worten: „Man wird die Wichtigkeit dieser Nachricht nicht in Abrede stellen können; sicherlich aber dürfen wir uns Glück wünschen zu der guten Richtung, welche den diplomatischen Schritten unserer Regierung dadurch gegeben ist, und zu den guten Absichten, welche das deutsche Reich uns gegenüber bewiesen hat." Deutschland wird sich dieser Rückkehr zu einer besseren Einsicht, auch wenn sie etwas spät kommt, nicht verschließen, es wird auch die neuesten Ausschreitungen in Saragossa und Valencia, selbst wenn sie sich in ihrem erschreckenden Umfange bewahrheiten sollten, als Das beurtheilen, was sie sind, als die Mißhandlungen eines fanatisirten, in seinem Wahne zur Bestie gewordenen Pöbels. Möge es dem jungen Könige, welcher inmitten der wogenden Brandung fest und besonnen das Steuer in der Hand behält, gelingen, sein Volk zur Besonnenheit zurückzuführen; mögen die deutschen Warnrufe nicht vergeblich verhallen, damit es nicht nöthig wird, durch den Mund der deutschen Geschütze eine Sprache zu reden, welche dem grausgewordenen Thoren Sagasta mit Schrecken die Verantwortung, welche er auf sich geladen, ins Ohr donnern würde.

An anderer Stelle wird dem vorstehend genannten Blatte aus Berlin geschrieben:

Bis jetzt ist eine Bestätigung der nunmehr auch in französischen Blättern verlautbarten Meldungen über neuere Angriffe auf deutsche Consulatsgebäude und gegen das Leben deutscher Consuln in Spanien, besonders aus Valencia und Saragossa, glücklicherweise nicht eingetroffen und es scheint wohl, daß die in Paris heute umgelaufenen Mittheilungen trotz der Aberfülle, an welche sie gerichtet waren, auf Erfindung aber doch auf Uebertreibung beruhen. Die spärlichen aus Madrid kommenden Nachrichten lassen keinen Zweifel darüber, daß die ganze sich so national aufstellende Volksbewegung von der republikanischen Partei angestiftet wurde, um den Sturm anzufachen, den man dann, wenn er einmal im Zuge wäre, gegen das Königthum leiten zu können hoffte. Die Erklärungen Sagasta's, er wolle die Regierung übernehmen, wenn der Krieg an Deutschland erklärt würde, lassen darüber gar keinen Zweifel bestehen. Deutscherseits trennt man den spanischen Staat und den König völlig von den Elementen, welche die groben Ausschreitungen der letzten Tage angestiftet haben, und kommt der Regierung des Königs Alfons in bereitwilligster Weise entgegen.

Die „Nationalliberale Correspondenz" äußert sich dahin:

Was bisher über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Verwickelung mit Spanien verlautete, läßt erkennen, daß unser auswärtiges Amt die Angelegenheit mit großer Ruhe und Vorsicht zu behandeln gedenkt und Alles vermeiden wird, was dem Königthum Alfonso's Schwierigkeiten bereiten könnte. Daß darum doch die Ehre und das Interesse Deutschlands mit aller Festigkeit gewahrt werden wird, ist so selbstverständlich, daß es nicht ausdrücklich versichert zu werden braucht. Die vollständige Ruhe und Gelassenheit, mit welcher man in Deutschland dieser Verwickelung zusieht, entspringt dem allgemeinen unbedingten Vertrauen, welches mit gutem Grund in die Leitung unserer auswärtigen Politik gesetzt wird, und der Zuversicht, daß es trotz alles Geschreis erbitterter spanischer Volksaufwiegler an Grund zu einer dauernden Verfeindung der beiden Länder oder gar zu einem gewaltsamen Zusammenstoß fehlt. Genugthuung für die Beschimpfung unserer Gesandtschaft werden wir verlangen und erhalten, und über den Besitz jener Südseeinseln wird nach Recht und Billigkeit entschieden werden; in dieser ruhigen Zuversicht und in dem Gefühl der Stärke gegenüber einem Volke, dessen Zornesausbrüche mit seiner Macht und Leistungsfähigkeit in gar keinem Verhältniß stehen, können wir der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit mit Gelassenheit entgegensehen. Nichts wäre aber ungerechtfertigter, als aus der ruhigen Auffassung der Situation, wie sie in Deutschland herrscht, schließen zu wollen, daß das Interesse an den colonialen Unternehmungen bereits erlahmt oder geschwunden sei. In Deutschland herrscht geographische Bildung genug, um zu wissen, daß die Inseln, die den Gegenstand des Streites bilden, ein Besitz von ziemlich geringem Werth sind, und daß es für die Zukunft unserer colonialen Unternehmungen von keiner großen Bedeutung ist, ob auf diesen weitverlorenen, gering bevölkerten und wenig entwicklungsfähigen Felseninseln die deutsche oder eine andere Flagge weht. Hinwieder ist unsere nationale Ehre bei diesen Händeln betheiligt und das giebt der Angelegenheit eine größere Bedeutung, als es der materielle Werth dieser Erwerbungen thun würde. Recht kurzsichtig und pöbelhaft ist es auch, wenn man die Colonialbegeisterung dadurch abzukühlen sucht, daß man behauptet, materiellen Gewinn hätten uns die neuen Erwerbungen in Afrika und der Südsee noch nicht gebracht, wohl aber führten sie uns, wie der Augenschein lehre, auf Schritt und Tritt in unangenehme Verwicklungen mit anderen Mächten. Was den materiellen Gewinn aus unserer activen Colonialpolitik betrifft, so giebt es doch nichts Thörichteres, als zu erwarten, daß schon nach einem Jahre in baarem Geld sich die Vortheile aufweisen lassen. In Ländern, die erst der Cultur gewonnen werden sollen, wird es natürlich langer und mühevoller Arbeit bedürfen, um zum Ziel zu gelangen, einer Arbeit, deren Lohn sich nicht gleich im ersten Anlauf zeigen kann. Die englische Colonialmacht hat Jahrhunderte gebraucht, um auf ihre Höhe zu gelangen und dem Mutterlande Das zu werden, was sie heute ist. Und was die kriegerischen, unserem Handel schädlichen Verwicklungen mit anderen Völkern betrifft, so sind wir im Gegentheil der Ansicht, daß sich die Gründung einer deutschen Colonialmacht über alles Erwarten friedlich und sittlich vollzogen hat. Es klingt geradezu wunderbar, daß in unseren Tagen der gereizten Eifersucht der Nationen eine große Colonialmacht errichtet werden konnte, ohne einen einzigen ernstlichen Zusammenstoß feindlicher Art. Auch der spanische Faustenfall wird sich unserer festen Ueberzeugung nach als ein solcher nicht erweisen. Das verdanken wir der Anerkennung unserer Macht und dem Ansehen, dessen unser Reich sich in der ganzen Welt erfreut. Das Interesse an unserer colonialen Entwicklung ist keineswegs erlahmt, es braucht aber nicht in blinder Aufregung zu bestehen, sondern verträgt sich sehr wohl mit ruhigem Blut, zumal wenn man sieht, daß die Dinge im guten Gange sind.

Weiter wird gemeldet:

* Madrid, 5. September. (Nationalzeitung.) Gestern konnte ich Ihnen beruhigendere Nachrichten senden, und heute schon liegt die Sache wieder ernster. Gestern Abend verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Nachricht, daß ein deutsches Kanonenboot, der „Iltis", am 24. August von der größten Insel der mittleren Carolinen, Yap, Besitz genommen habe. Größer als die Entrüstung über die Thatsache der Besitzergreifung war die Wuth über die Rolle, welche die spanischen Schiffe „San Quintin" und „Manila" bei jener gespielt hatten. Am 21. August langten nach dem Telegramme des Generalgouverneurs der Philippinen die beiden Schiffe bei Yap an und hatten Alles vorbereitet, um am 25. feierlich von der Insel Besitz zu nehmen, da langt am 4. bei Dunkelwerden der „Iltis" an, und um 7 Uhr Abends nimmt der deutsche Capitain im Namen Deutschlands officiell die Insel in Besitz. Die spanischen Schiffe protestirten, und der „San Quintin" eilt nach Manila zurück, während das andere Schiff dort bleibt. Möglich ist, daß der „Velasco" ebenfalls bald in Yap anlangen wird. Die Erregung, die sich gestern Abend Madrids bemächtigte, ist schwer zu schildern. Um 8 Uhr beginnen sich die Hauptstraßen und Plätze und die an ihnen gelegenen Cafés mit einer aufgebrachten, laut discutirenden Menge zu füllen. Redner steigen auf Droschken und harangiren die Masse, die sich mit dem Rufe „Zur Präsidentschaft!" von der Puerta del Sol zum Präsidentschaftsgebäude drängt. Der Ueberredung einiger Herren gelang es, die Manifestanten zur Mäßigung gegen das Regierungsgebäude zu bringen, und die Masse brüllt wüthend: „Zur deutschen Gesandtschaft!" Bei derselben angekommen, versucht sie den von vier Polizisten besetzten Eingang zu erzwingen, und als sich das unmöglich erwies, kletterte ein Bursche auf den Balcon und riß unter dem Beifallsgejohle der Menge, die unablässig „Muera Alemania!" (Tod für Deutschland!) schrie, das deutsche Wappen herab.

Mit Mühe gelang es der Polizei, die Raufenden von der Demolirung des deutschen Gesandtschaftshotels abzuhalten. Als eine halbe Stunde später ein Detachement Polizisten anlangte, war es schon zu spät, die Tumultuanten waren mit den Insignien des deutschen Reiches auf der Puerta del Sol angelangt, woselbst sie dieselben vor dem Ministerium des Innern verbrannten. Die Reste des Holzes wurden unter die fanatische Menge als patriotische Reliquien vertheilt. Um Mitternacht war die gesammte Stadt von Truppen besetzt. Vor dem königlichen Palaste waren Kanonen aufgepflanzt. Während der Nacht kam es indessen zu feindlichem Zusammenstoß mit den Truppen, im Gegentheil, dieselben wurden überall von Vivas! empfangen. Gegen 60 Personen sind in Untersuchungshaft genommen worden, unter ihnen auch der Bursche, der das Wappen Deutschlands herunterriß. Die angesehensten Blätter tadeln diesen Racheact und bedauern ihn, indessen hätte die Regierung ihn verhindern müssen. Unter den Rufen vernahm man auch neben: „Tod für Deutschland!" den republikanischen Ruf: „Tod den Ulanen!"

Im Hause Sagasta's wurde während dieser bedauerlichen Vorgänge eine Parteiberathung der Liberalen gehalten, welcher der famose General Salamanca, dem die Menge zahlreiche Vivas brachte, beiwohnte. Die Generale Jovellar und Martinez Campos sprachen sich besonders energisch für die Kriegserklärung aus, und die Partei war einig, zu verlangen, daß die Regierung in der Besitzergreifung Yaps eine Kriegserklärung erblicken, dem deutschen Gesandten die Pässe ausstellen und den spanischen Vertreter aus Berlin zurückberufen soll. Gegenwärtig, vor Abgang des Courierzuges, sind die Minister beim Könige im Palaste zu einer Ministerconferenz über die einzuschlagenden Schritte zusammenberufen. Der König kam 1½ Uhr von la Granja hierselbst an und wird vom eitigen Empfange nicht sehr erbaut gewesen sein. Vor Schluß dieses Briefes ist der Ministerrath noch nicht beendet. Die Menge vor dem Palaste ist sehr erregt und man erwartet, daß die vom Könige Abschied nehmenden Minister ausgepfiffen werden. In den Casernen sind einige Regimenter marschbereit aufgestellt, und im Hofe des Ministeriums des Innern und des königlichen Palastes sind Detachements berittener Civilgarde postirt. Madrid ist sonst ruhig und auf den Straßen ist das gewöhnliche Leben wahrzunehmen.

* Madrid, 8. September. (Vossische Zeitung.) König Alfons erklärte im letzten Ministerrath, er werde den kriegerischen Rathschlägen kein Gehör schenken, bis jedes friedliche Mittel zur Erlangung der Rechte Spaniens erschöpft sei. Der deutsche Kaiser werde ihm helfen, ein für beide Theile befriedigendes Compromiß herbeizuführen.

* Madrid, 8. September. (W. T.-B.) Die von dem deutschen Gesandten Grafen Solms abgegebenen versöhnlichen freundschaftlichen Erklärungen machen hier einen sehr beruhigenden Eindruck. In allen urtheilsfähigen Kreisen findet das freundschaftliche correcte Auftreten Deutschlands dankbare Anerkennung. (Wiederholt.)

* Petersburg, 8. September. (W. T.-B.) Das „Journal de St. Pétersbourg" sagt bezüglich der Carolinenfrage, durch das conciliante Verhalten der betheiligten Regierungen werde die Hoffnung begründet, daß der Zwischenfall schließlich freundschaftlich beigelegt werde. Die Tumulte in Madrid würden, außer für deren Urheber, keine unangenehmen Folgen haben.

Aus Berlin wird uns noch Folgendes geschrieben: „Die Nachrichten aus Spanien und die sich daran knüpfenden Betrachtungen nehmen natürlicherweise wie das Interesse des Publicums, so auch in der Presse die erste Stelle ein. Es erfüllt uns dabei die Wahrnehmung mit aufrichtiger Freude, daß die Organe aller Parteien einig sind in der Anerkennung der Reichsregierung und unseres Auswärtigen Amtes, daß in der Carolinenfrage ein Thema vorliegt, bei welchem es schlechthin keine Opposition giebt. Auch die radicalsten Blätter der Deutsch-Freisinnigen anerkennen, daß das deutsche Reich sich hier Spanien gegenüber ebenso correct wie loyal und verbindlich benommen hat. Diesen Sieg hat das „System Bismarck" nun endlich auch nach Innen zu verzeichnen, daß es in der auswärtigen Politik innerhalb der Parlamente keinen Widerstand mehr zu überwinden hat. Noch ist man in hiesigen politischen Kreisen davon überzeugt, daß der Streitfall freundschaftlich erledigt werden wird, wenn es auch einigermaßen Wunder nimmt, daß sich das Cabinet von Madrid noch immer dagegen sträubt, in der von Deutschland vorgeschlagenen Weise die Erledigung zu beschleunigen. Die Nachricht, daß gegen die Tumultuanten vom Freitag gerichtlich eingeschritten worden, ist bereits in Berlin eingetroffen, außerdem verlautete heute, daß nicht nur jegliche Genugthuung zugesagt, sondern durch den Berliner Gesandten Spaniens im Auftrage der Regierung Don Alfonso's auch der Befriedigung über die entgegenkommende Haltung Deutschlands Ausdruck gegeben worden ist."

Leipzig, 10. September 1885.

* Man schreibt uns aus Berlin: „Der Maurerstreik ist in Berlin als erloschen anzusehen, wenn auch noch auf einigen wenigen Bauten in Folge der von den Gesellen verhängten „Sperre" die Arbeit noch nicht aufgenommen worden ist. Denn auch hier wird morgen oder übermorgen Alles wieder seinen ordentlichen Gang gehen, da von auswärts ein mehr als genügender Zuzug erfolgt ist. Wenn es zweifelhaft war, der hat Gelegenheit, jetzt die Wahrnehmung zu machen, daß auch dieser Streik so unheilvolle Dimensionen nicht angenommen und so lange Zeit nicht gedauert hätte, wenn nicht socialdemokratische Agitatoren sich an die Spitze der Bewegung zu bringen gewußt hätten. Auch jetzt noch strengen sich diese Leute an, um die Arbeitseinstellung zu verlängern und suchen, von Bau zu Bau fahrend, die Arbeiter aufzuhetzen. Zum Glück für die letzteren haben diese sich entschlossen, der Verführung nicht zu folgen. Die Streikgelder flossen knapp und die Unterstützung der Feiernden ist in der letzten Zeit so kärglich gewesen, daß die Noth die Streikenden schließlich belehrte, in der Rückkehr zur Arbeit allein sei ihr Heil zu finden. Die socialdemokratische Agitation zeigt sich im Uebrigen recht rührig. Für die bevorstehenden Communalwahlen sind sie zuerst thätig geworden. Da die Conservativen sich zum Theil von den Antisemiten losgesagt haben und hier eine Spaltung nicht unwahrscheinlich ist, hoffen die Socialdemokraten für sich den Vortheil davonzutragen. Gegen Herrn Göreh, der es durch die Arbeiterbewegung glücklich vom Schlossergesellen zum „Kaufmann" gebracht hat — er betreibt ein schwunghaftes Cigarrengeschäft — war bekanntlich ob seiner bourgeoismäßigen Neigungen zur Jagd, Hundesport und dergl. ein arges Mißtrauen in Arbeiterkreisen wach geworden. Aber angesichts der Neuwahlen ist der Berliner Brudermord vergessen, Herr Göreh hält allabendlich, gegen die üblichen Diäten, mindestens eine, wenn nicht mehrere „Wahlreden" und hat gute Aussicht, wiedergewählt zu werden. Immer werden dieselben vorgeschriebenen Resolutionen gefaßt, und meist auch die Petition an den Reichstag um Annahme des Arbeiterschutzgesetzes unterzeichnet. Denn auf diese „Leistung" sind die Herren nicht wenig stolz und es ist ein zu günstiges Agitationsmittel, als daß es die Socialdemokraten fallen lassen sollten. Dieser Entwurf soll vielmehr, in vermehrter und verbesserter Auflage, dem nächsten Reichstag zugleich mit den Massenpetitionen abermals unterbreitet werden. Zur Unterstützung haben sich die Herren Göreh, Herold u. s. w. an die „Damen" gewandt. Mit Hilfe der Herren sind „Normalstatuten" zur Bildung von Frauenvereinen entworfen und der letzteren bereits mehrere in Berlin gegründet worden. Da in den Frauenvereinen auch Männer zum Wort verstattet werden und hier wie dort dieselben Phrasen zu Beifall verhelfen, auch einige Blätter bedauerlicherweise noch immer lange Berichte über diese Versammlungen bringen, haben die Agitatoren in Bezug auf den Weiberfuccurs gar nicht so schlecht speculirt."

* Die Erhebungen bezüglich der Sonntagsarbeit sollen in etwa drei Wochen schließen, dann wird die eigentliche Thätigkeit des Reichsamts des Innern in dieser Frage beginnen, zunächst mit Sichtung des Materials, welches ungemein umfassend ist, dann mit dem Bericht an den Reichskanzler. Soweit man die Dinge bis jetzt übersehen kann, halten sich befürwortende und ablehnende Gutachten die Wage; die ablehnenden sind vielleicht, wenn auch nur um ein Weniges, überwiegend. Sie sind jedenfalls von sehr gewichtigen Gründen unterstützt und gehen von hoch ansehnlichen Körperschaften aus. Ueber die voraussichtliche Entschließung der Regierung ist selbstverständlich in diesem Augenblick nichts zu sagen. Man will indessen vermuthen, daß die weitgehenden Aenderungen bezüglich der Sonntagsarbeit keine Aussicht auf Erfüllung haben und daß, wenn überhaupt etwas, ein Mittelweg vorgeschlagen werden dürfte.

* Unter den Handwerken, welche in dem allgemeinen Sturme nach Innungszwang den Kopf noch nicht verloren haben, befindet sich auch das Uhrmacherhandwerk, besser die Uhrmacherkunst. Auf dem jüngsten Verbandstage der Uhrmacher wurden die Bestrebungen, welche darauf abzielten, die Vereine unter Aufrechthaltung des Verbandes als Innungen zu constituiren, abgewiesen. Es meldeten sich vier Redner für und zehn Redner gegen die Constituirung als Innung. Der Verband als freie Vereinigung habe sofort das Bibliothekwesen in die Hand genommen, habe ferner für die Ausbildung der Lehrlinge durch Herausgabe eines Leitfadens gesorgt, habe die Uhrmacherschule gründen helfen und neuerdings wieder die ausgezeichneten Zeichenvorlagen geschaffen. Nach solchen Leistungen der freien Vereinigung bittet Redner, den Verband in bisheriger Weise zu erhalten und allgemeine Constituirung von Innungen nicht zu befürworten. Schließlich gelangt die folgende Resolution mit 42 gegen 35 Stimmen zur Annahme: „In Erwägung, daß nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung ein irgend wahrnehmbarer Vortheil durch die allgemeine Umbildung der Vereine in Innungen nicht ersichtlich, einzelnen Vereinen, deren örtliche Verhältnisse es erfordern, die Umbildung aber nicht verwehrt werden darf, beschließt die Versammlung: der Verband ist in seinem Bestehen intact zu erhalten; die Leitung des Verbandes — der Vorort — ist einem Vereinsvorstande zu belassen; die Zugehörigkeit zum Vereine steht Vereinen wie Innungen frei." Ferner ein Unterantrag, dahin lautend: „Die Einzelvereine und Verbände sind zu veranlassen, die obligatorische Lehrlingsprüfung (Einschreiben, Anschreiben, Prüfen) nach Möglichkeit einzuführen und ihre Mitglieder hierzu zu verpflichten."

* Der „Hannoversche Courier" schreibt: „Unsere Bedenken über den Charakter der als „freiconservativ" sich einführenden Candidaturen in nationalliberalen Wahlkreisen scheinen sich zu bestätigen. Einer der Wahlkreise, den wir dabei im Auge hatten, ist der Liebenburger, woselbst am 30. August unserem bisherigen bewährten Parteifreunde, dem Herrn C. Mackensen, der fünfzig Jahre hindurch im Kreise ansässig war, und mit demselben aufs Engste im Zusammenhang geblieben ist, ein angeblich freiconservativer Candidat entgegengestellt worden."

* * *

In Dokkum, wo dieser Tage eine Neuwahl für die Zweite holländische Kammer stattfinden mußte, hat der Candidat der Liberalen, Baron Rengers, gesiegt. Ultramontane und Orthodoxe hatten Alles in Bewegung gesetzt, um den antirevolutionären Candidaten durchzubringen. Die Wahl war dieses Mal insofern von hochwichtiger Bedeutung, als ein Sieg der Kirchlichen hier ihnen auch in der Zweiten Kammer die Mehrheit, wenn auch nur von einer Stimme, verschafft hätte; so aber stehen den 42 Antiliberalen immer noch 42 Liberale gegenüber.

* Der „Times" wird aus Konstantinopel vom 1. dss. gemeldet: „Abgesehen von den üblichen amtlichen Zuvorkommenheiten und dem überaus höflichen und gütigen Empfange Sir H. D. Wolff's auf Seiten des Sultans ist bis jetzt keine sichtbare Andeutung des wahrscheinlichen Ausganges der britischen Mission vorhanden. Wenn wir nach dem allgemeinen Ton der localen Meinung schließen dürfen, dann würde dem Grund vorliegen, sanguinisch zu sein, weil man allerseits in Betreff des Erfolges Sir Henry's skeptisch ist. Die vorherrschende amtliche Meinung ist die, daß, da das Salisbury'sche Cabinet es für nothwendig hält, einen Special-Bevollmächtigten zur Unterhandlung mit der Pforte zu entsenden, die Wichtigkeit der Sicherung des guten Willens des Sultans bei dem Werke der Wiederherstellung der Ordnung in Egypten völlig anerkannt worden ist. Es wird argumentirt, daß die Weisheit der türkischen Minister oder Seiner Majestät durch die bisher beobachtete zuwartende Haltung damit klar dargethan ist, und man sucht daher herauszufinden, welches neue Element in der Lage entstanden sein könne, um ein Abweichen von dieser Politik zu rechtfertigen. Der Amtsantritt der Conservativen, obwohl weniger beunruhigend für die Türkei als eine liberale Regierung, bietet bis jetzt keine solide Bürgschaft dafür, daß das Princip der Vertheidigung der Integrität des osmanischen Reiches, welches früher das Losungswort der britischen auswärtigen Politik war und das Band zwischen den beiden Reichen bildete, offen aufgepflanzt werden wird. Die Türken kennen sehr gut die wichtigen Veränderungen in der Lage des Gleichgewichts der Macht in Europa, sowie die Schwierigkeiten, mit denen England zu kämpfen hat, und daher zeigen sie sich zu den Mächten, welche nach ihrer Ansicht über die größte materielle Stärke verfügen. Wenn man dies im Auge behält, zusammen mit den Aufmunterungen des Auslandes zum Widerstande gegen die britischen Vorschläge, und das ungeheuere Gewicht des religiösen Factors in der Frage berücksichtigt, dann ist es leicht zu sehen, daß die obenerwähnten Zweifel eine gewisse Berechtigung haben. Es besteht daher die Gefahr, daß in den Gemüthern der hiesigen höheren Gewalten die feste Ueberzeugung Platz greifen dürfte, daß sie die Herren der Situation sind, und in dieser Weise wird die Erzielung eines Einvernehmens schwieriger gemacht. Zwischen Paris und Therapia findet ein ungewöhnlich lebhafter Depeschenwechsel in Chiffern statt. Die bis jetzt von Sir H. Dr. Wolff erlangten befriedigenden Resultate bestehen darin, daß die Botschaft der Königin an den Sultan allgemein für äußerst freundlich, gütig und versöhnlich gehalten wird, während der Bevollmächtigte selber auf den Sultan persönlich den allergünstigsten Eindruck gemacht hat." — Raschid Pascha ist an Stelle des unlängst verstorbenen Ahmed Hamdi Pascha zum Generalgouverneur von Syrien ernannt worden, und Hakki Pascha, der gegenwärtige Gouverneur von Salonichi, wird Raschid Pascha als Gouverneur von Smyrna ersetzen.

* Eine sehr interessante Nachricht liegt aus Buchara vor, die wegen der noch schwebenden mittelasiatischen Streitigkeiten mit England besonders bedeutungsvoll ist. Es heißt nämlich, daß der Emir von Buchara die Regierung niederlegen wolle und zwar zu Gunsten seines zweiten Sohnes, der in einer Petersburger Militair-Anstalt seine Erziehung erhalten hat und auch der russischen Armee zugezählt ist. In den Beziehungen zwischen Rußland und Buchara würde dadurch ein sehr wesentlicher Umschwung eintreten; Rußland würde in Buchara einen offenen Freund erhalten, während bisher Buchara nur gezwungen eine freundliche Miene macht. Der gegenwärtige Emir, Muzaffar-Eddin-Begadur-Chan, ist nämlich bereits hochbetagt und will nur die Thronfolge sichern, um sein Land nicht in einen Bürgerkrieg zu verwickeln. Das Hauptanrecht auf den Thron hätte sein ältester Sohn, der dieses Anrecht aber dadurch verwirkt hat, daß er sich im Jahre 1869 wider den Vater aufgelehnt, eine Empörung angezettelt, und als er mit Hilfe russischer Truppen geschlagen wurde, sich nach Indien geflüchtet hat, wo er noch gegenwärtig von englischem Gelde lebt. Dieser älteste Sohn ist sehr russenfeindlich gesinnt, und hatte eben dadurch eine bedeutende Partei um sich zu bilden gewußt, daß er gegen das freundschaftliche Verhalten seines Vaters gegen die russischen Nachbarn Protest erhob. Der zweite Sohn, der jetzt die Regierung führen soll, steht als russischer Officier natürlich ganz auf russischer Seite, und dasselbe ist auch mit einem dritten Sohn der Fall, der jetzt in Petersburg im Pagencorps erzogen wird. Wenn es des Emirs ernster Wille ist, den rebellischen ältesten Sohn von der Thronfolge auszuschließen — und anders kann es ja kaum sein in Anbetracht des sehr starken russischen Einflusses in Buchara — so wird derselbe nie die Möglichkeit haben, sich wieder in Buchara zu installiren, weil er in den russischen Hilfstruppen zur Unterstützung des neuen Regenten ein unüberwindliches Hinderniß finden wird. Dann dürfte in der That Buchara nicht viel mehr sein, als eine autonome russische Provinz. Die Absicht des alten Emirs, die Regierung niederzulegen, wird von russischer Seite unterstützt, wobei ihm alle Garantien persönlicher Sicherheit geboten werden dürften.

* Wie der Londoner Correspondent der „Kölnischen Zeitung" von gut unterrichteter Seite erfährt, hätte England den letzten russischen Vorschlag in der afghanischen Angelegenheit endgiltig angenommen. Demgemäß erhalten die Afghanen den 5 Kilometer breiten Raum zwischen den beiden Engpässen, während den Russen der Ausgangspunct des östlichen Engpasses mit sämmtlichen Verbindungswegen verbleibt. Sobald das Protokoll fertiggestellt ist, werde Lessar nach Centralasien abreisen. „Der Abmachung zufolge — schreibt das rheinische Blatt weiter — wird das Gebiet zwischen den beiden Engpässen, das kaum größer als 5 Kilometerr ist, den Afghanen gehören, während den Russen der Endpunct des westlichen Passes mitsammt den Verbindungsstraßen zwischen Nord und Süd zufallen oder vielmehr verbleiben wird, da sie augenblicklich in deren Besitz sind. Das Protokoll hierüber wird ungefähr in der Mitte der kommenden Woche fertig sein. Damit wäre denn diese Periode des afghanisch-russischen Grenzstreites zum Abschluß gekommen. Im Uebrigen bleibt die Lage an sich unverändert. Eine größere Grenzsicherheit haben die Engländer dadurch nicht erreicht, denn wenn die Russen Herat nehmen wollen, so liegt ihnen dahin der Weg ebenso offen wie früher. Auch haben die Russen keine besondere Gewähr geleistet, wie sie sich Diejenigen wünschten, welche die Ueberschreitung der jetzt gezogenen Grenzen sofort und unter allen Umständen für einen Kriegsfall ansehen wollten. Rußland hat diese Zumuthung abgelehnt, einmal, weil sie eine einer Großmacht unwürdige Bedingung sei, und dann, weil sich Rußland dem nächsten besten Afghanenhäuptlinge, welchem der Kamm geschwollen und der darob einen Streifzug ins russische Gebiet unternimmt, preisgeben würde. Sobald ein solcher Streifzug vorfällt ..... kann Rußland nicht umhin, die Missethäter zu verfolgen, und zwar nöthigenfalls auf afghanischem Gebiete. Freilich steht den Afghanen dasselbe Recht im entgegengesetzten Falle zu. Aus Allem geht hervor, wie viel gegenseitige Nachsicht in Zukunft von Nöthen sein wird, um den Frieden zu erhalten."

* Die Buren von Zulu-Land geben bekannt, daß sie einen großen Landstrich in der Nähe von St. Lucia-Bai zu verkaufen beabsichtigen.

* Zu den vielfachen Warnungen vor Auswanderung nach Nordamerika hat sich in allerletzter Zeit noch eine von maßgebender Seite, nämlich von dem Unionsgesandten in England, Mr. Phelps, gesellt. Man kann von einem Amerikaner natürlich nicht erwarten, daß er die wirthschaftlichen Zustände seines Heimathlandes grau in grau schildere, und so entwarf denn auch Mr. Phelps vor seiner, zumeist aus Arbeitern bestehenden Zuhörerschaft ein imposantes Bild von den großartigen Hilfsmitteln und Erwerbschancen der transatlantischen Republik. Desto auffallender muß es erscheinen, wenn er, statt zur Auswanderung zu ermuthigen, den englischen Arbeitern im Gegentheil auf das Bestimmteste abrieth. Wer strebsam, fleißig, nüchtern, willensstark und charakterfest ist, kann, noch Mr. Phelps, es in Amerika